

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 2000 Mark. Einzelne Nummern 80 Mark.  
Vertrieb: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachnummer Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 33 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anführungs-  
teile 300 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 600 M.,  
unter Eingehalt 800 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Beschlüssen der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Landes-Kultur-Verwaltung, Jahresbericht und Rechnungsbücher;  
der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 48

Montag, 26. Februar

1923

## Rußland als Vermittler?

In Frankreich suchen die französischen Agitatoren die kulturwidrigen Maßnahmen auf deutschem Gebiet mit „Gewalttaten der Deutschen“ im besetzten und „militärischen Vorbereitungen“ im unbesetzten Gebiet zu rechtfertigen. Sowohl für die eine wie für die andere Behauptung sind Unterlagen nicht vorhanden. Von Gewalttaten der Bevölkerung im besetzten Gebiet kann bisher trotz der Provokationen der Besatzung nicht die Rede sein, und ebenso gibt es im unbesetzten Deutschland keine „militärischen Vorbereitungen“ in dem Sinne, wie sie die französische Presse schildert. Die deutschen Behörden sind aber bei ihrem Wohlwollen gegen die, welche sich immer noch nicht damit abfinden können, daß wir den Krieg verloren haben und ein wehrloses Volk sind und deren Gedächtnis nur von heute auf morgen leicht, allgemeine Unterdrückung.

Bei aller Zuspitzung der Gegensätze bleibt das Erfreuliche, daß sich auch in Frankreich die Stimmen mehren, die den Wahnsinn der französischen Aktion einsehen. Maßgebende Politiker, darunter der frühere Minister Loucheur, beginnen jetzt offen ihre Meinung über die „versetzten Maßnahmen“ zu äußern und sehen ein, daß schließlich nur der Weg der Verhandlungen übrig bleibt, der aus dem gegenwärtigen Stand herauszuführen kann. Aber nicht nur in Frankreich, sondern auch im übrigen Ausland mehren sich ähnliche Stimmen. Die Frage bleibt nur: wer soll vermitteln und unter welchen Voraussetzungen kann verhandelt werden? Die letzte Debatte im englischen Unterhaus über die Ruhraktion hat gezeigt, daß von England in dieser Hinsicht vorläufig nicht viel zu erwarten ist, und es kann nach einer Rundreise mehrerer maßgebender englischer Konservativen in diesen Tagen kaum erwartet werden, daß England vermittelnd einschreiten wird, solange Amerika aus seiner Reserve nicht herausgetreten ist. Amerika aber wird ohne Zustimmung auch Frankreich zu einer Intervention ebenfalls passiv bleiben. Daß eine beratende Zustimmung trotz der Zuspitzung der Lage von Poincaré oder besser Briand, bald zu erwarten ist, bleibt kaum anzunehmen. Die Frucht von einem Prestigeverlust ist im Augenblick bei dem offiziellen Frankreich größer als die Vernunft. Auffällig wirken in dieser verworrenen Situation die eifrigen Hinweise der französischen Presse auf die Annäherung zwischen Rußland und Frankreich, die sicherlich ernst zu nehmen sind. Es ist nicht als unwahrscheinlich zu betrachten, daß jene Besprechungen, die zu dieser Annäherung führten, auch die Neutralität Frankreichs einschließen und daß das offizielle Rußland bei dieser Gelegenheit vor der Aktion gewarnt hat.

Die Möglichkeit, daß selbst von dem durch die Entente nicht anerkannten bolschewistischen Rußland ein vermittelnder Schritt Tatsache werden kann, scheint gegenwärtig nicht ausgeschlossen. Deutschland wird jede Vermittlungsaktion anerkennen, von welcher Seite sie auch kommt und wird sein Möglichstes tun, um jeder Vermittlung zum Ziele zu verhelfen. Ist es so weit, dann wird auch die gegenwärtige Reichsregierung erklären, daß sie bereit ist, zu verhandeln ohne restlose Räumung des neubesetzten Gebietes, aber auf der Basis der Gleichberechtigung, wie es vor allem auch die deutsche Arbeiterchaft verlangt.

## Das Spiel mit dem Mächtegleichgewicht. Englands Sorgen.

London, 26. Februar.

Dem „Observer“ zufolge widmet die englische Regierung der neuen, allerdings noch nicht erstens Wendung der französischen Diplomatie eine eingehende Betrachtung. Wenn die augenblickliche Aktion Frankreichs zu einer neuen Gruppierung der Mächte führen sollte, so müßte die englische Politik notwendig neu geordnet werden. Das Gefühl der Fremdschaft für Frankreich, das weiterhin die englische Politik beeinflusst, veranlaßt die englischen amtlichen Kreise zur Hoffnung, daß Frankreich nicht darauf bestehen werde, das gefährliche Spiel des Mächtegleichgewichtes zu spielen. Die Tatsache, daß die besten Kräfte in Paris bereits die Zweckmäßigkeit dieses Ver-

## Die Politik der veräurteilten Gelegenheiten.

Lloyd Georges Urteil über die Ruhrbesetzung.

Lloyd George behandelt in einem Artikel im „Daily Chronicle“, der, wie die früheren, von der R. A. J. wiedergegeben wird, die Ruhrfrage. Der ehemalige englische Ministerpräsident nennt Frankreichs Aktion einen öffentlichen Fehlschlag. Was Frankreich jetzt tue, sei nicht eine produktive Ausnutzung der Bergwerke, Eisenbahnen und Industrieanlagen, sondern eine Belagerung Deutschlands. Der Ausgang der Aktion ist nach seiner Meinung für Frankreich negativ:

„Frankreich hat nunmehr alle Hoffnung aufgegeben, die Bergwerke, Eisenbahnen und Industrieanlagen an der Ruhr durch militärische Besatzung zu betreiben. Heute kann man nicht jeden Arbeiter erschöpfen, der nicht sofort bei jeder Kohlenkammer täglich fördert, oder der sich weigert, auf Befehl von irgend jemand einen Wagon zu beladen oder eine Lokomotive zu führen. Frankreich ist nicht imstande, den nötigen Ersatz von Bergleuten und Eisenbahnern zu stellen, um die Lücken auszufüllen, die durch die Weigerung der Arbeiter geschlossen werden. Und selbst wenn es dazu imstande wäre, würden Monate vergehen, ehe die Lücke hinterher eingeholt wäre, um arbeiten zu können, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Darum hat man eine neue Politik improvisiert. Sie besteht in nichts weniger als in der Belagerung Deutschlands. 60 Millionen Deutsche sollen durch Unterdrückung zur Übergabe gezwungen werden.“

Lloyd George wendet sich gegen die — oft auch in Deutschland vertretene — Auffassung, daß der Einfall ins Ruhrgebiet kommen müßte.

„Ich muß — schreibt er — gegen diese Auffassung entschieden protestieren. Wenn dies unüberlegte Unternehmen noch um ein paar Monate verschoben worden wäre, so hätte, wie ich glaube, keine französische Regierung sich darauf eingelassen. Kein französischer Staatsmann von irgend welcher Bedeutung glaubt in seinem Innersten, daß es vernünftig ist. Jetzt, nachdem Frankreich sich von seinem Erfolge abhängig, unterliegen es alle.“

Im Einklang mit allen Feststellungen objektiver Beobachter erklärt auch Lloyd George, daß das französische Volk der Katastrophenspolitik an der Ruhr ablehnend gegenübersteht:

„Die französischen Arbeitermassen waren stets gegen diese Politik. Der Bauer in jedem Lande ist langsam. Aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der französische Bauer die militärischen Abenteuer fast hat. Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß die Nachwahlen sowohl im ländlichen Frankreich wie im städtischen Frankreich deutlich zeigen, daß man nichts von Plänen wissen will, auf Grund deren bewaffnete Franzosen in feindliches Gebiet einmarschieren müssen. Das sorgenvolle französische Volk hat allen Anlaß, vor einer Richtung zurückzuführen, die zu weiterem Blutvergießen führt.“

Lloyd George zählt dann eine lange Reihe von Fehlern und Unterlassungsünden auf, die, nach seiner Ansicht, die gegenwärtige traurige Situation geschaffen haben. Auch den Rapallo-Vertrag rechnet er dazu.

„In Venedig verdammt Deutschland eine große Gelegenheit, als alle europäischen Nationen zum ersten Male zusammenkamen, um ihre Schwierigkeiten im Geiste der Gleichheit und Freundschaft zu besprechen. Es ist richtig, daß, auf Verlangen Frankreichs, die Reparationen vom Konferenzprogramm ausgeschlossen waren. Aber der Geist, den eine freundschaftliche Regelung aller anderen schwerwiegenden Fragen gewirkt hätte, würde eine vernünftige und maßvolle Behandlung der Reparationsfrage gefördert haben. Deutschland hat

dadurch, daß es seinen russischen Vertrag so leicht ins Spiel brachte, alles dies unmöglich gemacht. Anstelle und Veracht wurden den neu angebotenen und verbotenen rüchthelosen alles Wohlwollen für Deutschland aus dem Bereich dieses großen Kongresses. Wieder war eine Gelegenheit verflümmelt.“

Der gleiche Vorgang wiederholte sich auf der Pariser Konferenz im vorigen Sommer, diesmal infolge der hartnäckigen Beherrschung der französischen Regierung, sich auf die von den Verbündeten gestellten Bedingungen einzulassen. So ging es denn weiter bis zum Abbruch der Pariser Konferenz und dem Einmarsch ins Ruhrgebiet. „Wie hat das Schicksal sich so viel Mühe gegeben, die Dummheit zu retten. Aber das Schicksal verliert leicht die Geduld und dann pflegt es harte Schläge zu versetzen.“

## Eine französische Stimme der Vernunft.

In der letzten Nummer der „Revue Parlementaire“ hat deren Herausgeber Henry de Chambrun an dem Außenminister eine klare und sachliche Kritik. Er geht davon aus, daß, so wenig wie Deutschland in Holland, Frankreich an der Ruhr durch Strafen, Ausweisungen, Gefängnis und Tötung den Widerstand eines ganzen Volkes brechen könne; das einzige Ergebnis werde vielmehr die Vertiefung des Hasses zwischen Frankreich und Deutschland sein.

„Wir konnten unmöglich anders handeln, verleiht die französische Regierung. Ich kenne die Weise. Undankbar, aber unilger wäre die Rolle jenes Politikers, der es wagen würde, die ganze Wahrheit und nicht nur einen Teil der Wahrheit zu sagen. Dieser könnte sagen, daß unsere Finanzen auch deshalb in Nothdurft sind, weil der französische Staat sich nicht genügend angestrengt hat, weil die französischen Regierungen allzu oft erklärt haben: „Deutschland wird zahlen“, und allzu selten: „Ihr Kriegsgewinnler, ihr neuen Reich, gebt der Nation, gebt dem Volke wieder, was ihr ihm geraubt habt, ihr Steuerzahler, bringt Geld her; sie sind weniger hart als das Blutpferd, das eure Säter, Eöhne und Weiden gebracht haben.“ Ziellos hat der Korben hart gelitten, und Deutschland will die Verwundungen wieder gutmachen, für die es verantwortlich ist. Aber hat Frankreich alles getan, um wirksam und praktische Reparationen zu erzielen? Hat man nicht die Milliarden unvorsichtig verschwendet? Man hat die Kriegsschädigten mit Geld überhäuft, indem man erklärte, Deutschland wird zahlen. Man mußte zuerst Deutschlands Zahlungsfähigkeit feststellen, um dementsprechende Vorsätze zu leisten. Wäre es nicht möglich gewesen, in hohem Maße unsere Forderungen durch Herabsetzung der Dienstbater und Einziehung unserer Besatzungsarmee zu verringern?“

Warnend ruft der französische Publizist: „Denken wir an die Kosten einer solchen Gewaltpolitik, an ihre Auswirkung auf die europäische Politik und hätten wir uns davor, daß sie nicht zur Wiederaufnahme der schlimmsten Nachkonzessionen napoleonischer Politik führt.“ Er weist nach, daß die beiden einzigen Ergebnisse des Ruhrabenteuers bisher die Forderung der Entente mit England und die Verschärfung des Konfliktes mit Deutschland sind. „Man wird eines Tages doch dazu gezwungen sein, sich mit Deutschland ernsthaft zu unterhalten. Damit hätte man früher anfangen sollen; das hätte auf beiden Seiten das Rheintal viel Angster, Verlust und Trümmen erspart.“

juden, Großbritannien durch einen kontinentalen Block zu isolieren, anzuzweifeln beginnen, bereit Genugthuung.

## 5 Millionen Papierfrancs an die Reparationskommission.

Berlin, 24. Februar.  
Die Meldung der „Chicago Tribune“, daß Deutschland an die Reparationskommission 10 Mill. Goldmark für laufende Ausgaben abgeführt habe, wird von der Regierung dahin richtiggestellt, daß am 19. Februar 5 Mill. Papierfrancs von der deutschen Regierung an die Reparationskommission für laufende Ausgaben gezahlt wurden. Die Regierung hat bekanntlich auf Grund des Verfallens der Reparationsaufgabe der Reparationskommission aufzukommen und muß diese Zahlungen leisten, da auch unter den gegenwärtigen Umständen der Verfall mit der Kommission aufrechterhalten wurde.

## Waquith über die Ruhraktion.

London, 25. Februar.  
Waquith erklärte in einer Rede in Cambridge, die Lage im Ruhrgebiet sei sehr ernst. Die Beziehungen Englands zu Frankreich würden einer großen Belastung ausgesetzt. Es gebe keine einschiedene Beurteilung der auswärtigen Politik als die augenblickliche Lage. Es sei schwer zu sagen, ob der Riß der Welt der Weltlagen des französischen Ruhrabenteuers für die Zukunft Europas verhängnisvoller sein würde. Es sei klarer als je, daß die Mitwirkung des Völkerbundes nachgesucht und seine Autorität angerufen werden müsse. Es könne zwar sein, daß Frankreich nicht bereit sei, sie anzunehmen, es müsse jedoch versucht werden, daß die Isolierungsaktion keinerlei moralisches oder materielles Ergebnis zeitigen werde.

## Poincaré fordert weitere territoriale Abtretungen im Rönischen Gebiete.

London, 26. Februar.  
Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Am Sonnabend habe, wie bekannt, Poincaré eine sehr dringende Mitteilung nach London über die Frage der Eisenbahnen im Rönischen Gebiete gemacht, in der um weitere Zugeständnisse für die französischen Militärbehörden erzuht wurde. In Paris sei man nicht befriedigt von den neuen zu sehr beschränkten Erleichterungen für den Kohlenverkehr, die durch General Godley's Abtretung des Ruhr-Büreau Abschnitts gewährt wurden. Man fordere die Abtretung einer weiteren Schmalspurbahn durch die deutsche Zone ein wenig weiter östlich. Der Berichterstatter sagt: Wenn diese Forderung billigt würde, so würde das eine weitere territoriale Abtretung seitens Großbritannien bedeuten. Diese Forderung kann daher nicht erwoogen werden.

## Vor dem französischen Kriegsgericht.

Mans, 25. Februar.

Der Oberbahnmeister Johann Schuler aus Gensingen hatte sich vor dem französischen Kriegsgericht zu verantworten, weil er Eisenbahnarbeiter am Tage des Beginns des Eisenbahnstreiks zur Niederlegung der Arbeit aufgefordert und befohlen haben soll, vier Telephonröhre zwischen dem Bahnhof Gensingen und Riedelheim zu durchschneiden. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegten Handlungen, wurde aber trotzdem zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem hatten sich weitere neun Eisenbahnbeamte und der Direktor der Filiale der Distriktsgesellschaft in Wiesbaden, Wolpert, zu verantworten, weil sie 50 Mill. M. Gehälter und Löhne für die streikenden Eisenbahner ausbezahlt und den Streik dadurch begünstigt haben sollen. Acht Beamte erhielten je drei Monate und der neunste 20 Tage Gefängnis. Direktor Wolpert wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen des gleichen Vergehens, wobei es sich um die Auszahlung von 200 Mill. M. handelte, wurden verurteilt der Direktor der Reichsbankfiliale in Trier, August Viel, zu zwei